

## Forschungs-Praxis-Projekt

# Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 3. Netzwerktreffens am 30. November/1. Dezember 2017



Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Fachliche Begleitung:



## Impressum

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH  
Zimmerstraße 13-15  
D-10969 Berlin

Dr. Bettina Reimann (Projektleitung)  
Gudrun Kirchhoff  
Ricarda Pätzold  
Wolf-Christian Strauss

Telefon: +49 30 39001-191  
E-Mail: [reimann@difu.de](mailto:reimann@difu.de)  
Internet: [www.difu.de](http://www.difu.de)

### Redaktion:

Klaus-Dieter Beißwenger

### Grafik und Layout:

Steffi Greiner

Bildnachweise: Wolf-Christian Strauss

## Inhalt

|    |                                                                                             |    |
|----|---------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1. | Einführung .....                                                                            | 5  |
| 2. | Themenblock 1: Partizipation .....                                                          | 5  |
| 3. | Themenblock 2: Sozialräumliche Differenzierung und Integration .....                        | 9  |
| 4. | Themenblock 3: Der Blick zurück und in die Zukunft – was war, was ist und was bleibt? ..... | 12 |
| 5. | Ausblick.....                                                                               | 17 |



## 1. Einführung

Das dritte und letzte Netzwerktreffen im Rahmen des Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ fand am 30. November/1. Dezember 2017 in Steinfurt in Nordrhein-Westfalen statt. Im Fokus des Treffens stand die gemeinsame Diskussion zentraler projektrelevanter Themen und Fragen zu Partizipation, stadträumlicher Differenzierung und Integration. Darüber hinaus wurde rückblickend der gesamte Projektverlauf reflektiert, und die Lerneffekte aus der Projektarbeit der letzten beiden Jahre wurden herausgearbeitet. Insbesondere der Erfahrungsaustausch wurde als gewinnbringend gewürdigt; dieser, so der Wunsch der beteiligten Kommunen, sollte auch zukünftig fortgesetzt werden.



Neben fachlichen Diskussionen zwischen Projektkommunen, Projektbeirat und dem Forschungsteam brachte die Stadt Steinfurt den rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Treffens ihre Stadt auf eine sehr persönliche Art näher: Ein Stadtrundgang durch die historische Altstadt Burgsteinfurt und das abendliche Essen mit Piepkuchen – einer lokalen und saisonalen Spezialität – belebten das Netzwerktreffen. Der Stadt Steinfurt sei hierfür herzlich gedankt!

Begrüßung durch Frau Bögel-Hoyer, Bürgermeisterin

Die vorliegende Dokumentation fasst die Ergebnisse der Veranstaltung zusammen.

## 2. Themenblock 1: Partizipation

In seinem Impulsbeitrag referierte Wolf-Christian Strauss vom Forschungsteam zunächst über die „zwei Welten“ der Beteiligung: auf der einen Seite formelle Formen der Partizipation, die bei Bau- und Planungsvorhaben die Öffentlichkeit gemäß Baugesetzbuch informieren und bei der Konzeptionierung über die Aufnahme von Anregungen und Kritik beteiligen; auf der anderen Seite informelle Formen der Beteiligung wie Zukunftskonferenzen, Strategiewerkstätten, Leitbildprozesse, Bürgerbefragungen etc., die bei offenen Entwicklungs- und Planungsprozessen immer häufiger zur Anwendung kommen mit dem Ziel, die Bürgerinnen und Bürger in Entwicklungsprozesse als „Experten“ stärker einzubinden. In diesen Zusammenhang sind auch institutionalisierte Formen wie Steuerungs- oder Lenkungsrounds einzuordnen, deren Arbeit in einem organisatorisch und zeitlich geregelten Rahmen erfolgt. Im weiteren Verlauf stellte Wolf-Christian Strauss im Forschungskontext gewonnene Einschätzungen zu Beteiligungsverfahren in den Kommunen vor. Hierzu zählen beispielsweise das Fehlen von Erfahrungen vor allem in kleineren Kommunen, geringes Interesse seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie die Wahrscheinlichkeit, dass sich „immer die Gleichen“ beteiligen. Viele Zielgruppen würden nicht erreicht, insbesondere Migrantinnen und Migranten. Bei manchen Kommunen bestehen Befürchtungen, dass mit Beteiligungsangeboten bei den Bürgerinnen und Bürgern ein „Anspruchsdenken“ angeregt und die Verwaltung überfordert werden könnte. Partizipation sei zu aufwendig, der Ressourceneinsatz zu hoch – so weitere Einschätzungen. In Teilen der Bürgerschaft werden die Angebote häufig als Alibiveranstaltung mit reinem Symbolcharakter gewertet – die Ergeb-

nisse würden in den Schubladen verschwinden und Projekte nicht umgesetzt. Das Ergebnis sei deshalb häufig Enttäuschung auf beiden Seiten. Vor dem Hintergrund dieser Einschätzungen stellte Wolf-Christian Strauss die Herausforderungen und Erfahrungen der Kommunen mit Beteiligungsverfahren sowie Empfehlungen zur Verbesserung der Beteiligung zur Diskussion. Dafür seien folgende Fragen zentral:

- (Wie) Gelingt die Einbindung der Stadtgesellschaft bei konzeptionellen Fragen (Integrationskonzept, Stadtentwicklungskonzept, Demografiekonzept), und ist der Anspruch überhaupt einzulösen bzw. gerechtfertigt?
- Welche Erfahrungen mit der Aktivierung und den Formaten bestehen? Wer sind die relevanten Zielgruppen?
- Wie wird sichergestellt, dass die Beteiligungsergebnisse berücksichtigt und umgesetzt werden?
- Warum bereitet die Beteiligung so große Schwierigkeiten, und was genau fällt schwer?

Die anschließende Diskussion erfolgte zunächst in drei kurzfristig gebildeten Arbeitsgruppen unter der Leitfrage: Was hat in den Projektkommunen bei Beteiligungsverfahren gut geklappt und was hat nicht so gut geklappt?

Beteiligung sei ein Aushandlungsprozess und daher immer auch ein Spagat zwischen unterschiedlichen Interessen. Dabei müsse die Kommune zunächst klären, warum und mit welchem Ziel sie die Beteiligung macht: Geht es allein um Information? Will man eigenes Handeln legitimieren und um Verständnis für das kommunale Vorgehen werben? Oder möchte man die Bürgerinnen und Bürger als „Experten“ erreichen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen? Im positivsten Sinne könne Beteiligung eine Koproduktion von Gemeinwohl sein.



Diskussion in Arbeitsgruppen

Neben der Definition der Ziele seien auch die Rolle der Verwaltung innerhalb des Prozesses, die Beteiligung der Ämter und der Kommunalpolitik zu klären. Bei einem schlecht abgestimmten Vorgehen – sowohl verwaltungsintern als auch mit der Kommunalpolitik – bestehe die Gefahr einer Blockade. Insbesondere alle zuständigen Ämter müssten eingebunden sein. Schwierig werde es dann, wenn sich spezielle Fachgruppen nicht einbinden lassen. In diesem Zusammenhang wird beispielhaft auf den Schulbereich verwiesen, der sich für derartige Prozesse immer nur schwer aktivieren lasse. Schulen seien gleichwohl sehr wichtige Kooperationspartner, auch wenn sie sich wenig partizipativ zeigten. Es wird auch darauf verwiesen, dass Beteiligung eine Frage der Haltung sei, sich für den Diskurs zu öffnen. Für das Verwaltungshandeln müsse „die Dienstleistung für die Menschen“ im Mittelpunkt stehen. Der Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern sei eine Form von Wertschätzung und ein Lernprozess. In einigen Debattenbeiträgen wird als Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligungsverfahren im Integrationsbereich hervorgehoben, dass die Verwaltung zunächst in Interkulturalität geschult werden müsse. Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sei ein zentraler Baustein. Dabei müssten die Führungskräfte mit gutem Beispiel vorangehen.

In den Berichten aus den Arbeitsgruppen wurden auch konkrete Beteiligungsbeispiele genannt: So hat die Stadt Weißenfels für einen Stadtteil mit hohem Konfliktpotenzial (hoher Anteil Zu-

wanderer, höchster Anteil Hartz-IV-Bezieher) einen Bürgerdialog ins Leben gerufen. Ziel ist der Aufbau eines Stadtteilzentrums mitten im Quartier und die Installierung von Bürgerarbeit. Zum ersten Bürgerdialog kamen 150 Personen. Nach Einschätzung des Oberbürgermeisters fehlen häufig die materiellen Voraussetzungen für größere Beteiligungsverfahren, und die informellen Formen der Beteiligung seien in der Verwaltung noch nicht „angekommen“. Es gebe auch Widerstand in der Verwaltung, weniger aus Unwillen als vielmehr aufgrund mangelnder Erfahrung und Überlastung Einzelner.

Aus Saarlouis wurde von erfolgreichen Beteiligungsprozessen in zwei Stadtteilen im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt berichtet. Dort wurden Stadtteilzeitungen als Kommunikationsmedien genutzt, über die eine sehr hohe Beteiligung erreicht werden konnte. Außerdem ging es um sehr nachvollziehbare Angelegenheiten wie Straßenraumgestaltung und Infrastruktur – Themen, die die Bürgerinnen und Bürger persönlich in ihrem Wohn- und Lebensumfeld betreffen.

Die Stadt Ilmenau hat einen Bürgerhaushalt eingerichtet, an dem nach einer anfänglich hohen Beteiligung mittlerweile etwa 40 Personen regelmäßig teilnehmen. Die Vorschläge und auch die Antworten der Stadtverwaltung sind über die Internetplattform der Stadt öffentlich einsehbar. Die Qualität der Vorschläge sei sehr unterschiedlich, so die Bewertung von Kay Tischer, Bürgermeister von Ilmenau. Sie reiche von „Nonsens“ bis zu sehr qualifizierten Beiträgen, die dann auch in der Verwaltung weiter aufgegriffen werden.



Diskussion in Arbeitsgruppen

Es bestehe immer die Gefahr einer geringen Resonanz auf Beteiligungsangebote, so die weitgehend einhellige Befürchtung. Deshalb war die Erreichbarkeit der Zielgruppen eine der zentralen Fragen. Man war sich einig, dass man die Angesprochenen leichter „ins Boot holen“ kann, wenn die Themen greifbar sind und sich die Bürgerinnen und Bürger konkret angesprochen fühlen. Bei niedrigschwelligen Themen erreiche man die Bewohnerschaft besser. Das Einbinden schwer erreichbarer Zielgruppen – wie z.B. Migrantinnen und Migranten – gelinge eher über die Ansprache durch Multiplikatoren, die für das jeweilige Projekt werben. Die Einbindung über konkrete Projektarbeit sei allgemein ein positiver Beteiligungsansatz für bestimmte Zielgruppen wie Migrantinnen und Migranten (z.B. Repair-Café). Um mit bestimmten Gruppen in Kontakt zu kommen, sei der Wille der Verwaltung zum Diskurs ausschlaggebend – dieser müsse von der Verwaltung gesucht werden. Voraussetzung dafür sei Vertrauen in die Bürgerschaft.

Wenn Beteiligung am ehesten bei „sehr greifbaren“ Themen gelingt, dann stellt sich die Frage, wie man Bürgerinnen und Bürger bei eher strategisch-konzeptionellen Fragen einbinden kann. Dies betrifft zum Beispiel die Mitarbeit an der Entwicklung von Integrationskonzepten, aber auch an allgemeinen Stadtentwicklungsthemen. Ausgehend von den Erfahrungen mit einem umfangreichen, inhaltlich sehr offenen Begleitprozess zu einem Demografiekonzept, dessen Beteiligungsergebnisse zum Teil schwer umsetzbar seien, soll beispielsweise in Mühlacker die Entwicklung eines Integrationskonzeptes stärker auf der Arbeit bestehender Arbeitskreise aufbauen. Dies ist ein eher enger geführter Ansatz, der aber verspricht, dass die Beteiligten ausreichend motiviert und qualifiziert sind. Eine zentrale Erkenntnis aus den Erfahrungen lautet: Die Bürgerinnen und Bürger müssen gut informiert sein, damit sie den Diskurs qualifiziert führen

können – ohne Information ist Beteiligung nicht möglich. Gerade bei Themen, die eher eine Metaebene wie die Zukunft der Stadt berühren, stelle sich manchmal die Frage, ob die Erwartungen an Bürgerbeteiligung eventuell zu hoch seien. Eine allgemeine Einschätzung in diesem Zusammenhang war auch, dass Bürgerbefragungen meist eine sehr geringe Resonanz haben und sich als Beteiligungsangebot weniger eignen.

Die Vertreterin des BAMF wies ergänzend darauf hin, dass die Liste der formellen Beteiligungsverfahren erweitert werden müsse: „politische“ Instrumente wie Bürgerbegehren, Bürgerentscheid oder Bürgerantrag – die in allen gesetzlichen Regelungen der kommunalen Ebene verankert sind – gehörten ebenfalls dazu.



Diskussion in Arbeitsgruppen

Im Zusammenhang mit der Diskussion um Integrationskonzepte wurde betont, dass die Diskurse über Integration und demografischen Wandel eng verzahnt werden sollten. Der demografische Wandel sei mittlerweile als Entwicklung in vielen Kommunen konkret spürbar und beschäftige die lokale Bevölkerung stark. Der Zusammenhalt der Gesellschaft, Chancengerechtigkeit und interkulturelle Öffnung müssten deshalb mehr zum Thema werden. Absehbar stimme die Zuordnung „Mehrheitsgesellschaft“ und „Minderheit“ nicht mehr. Für diese Themen müsse stärker auf Kooperation zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft denn auf reine Beteiligung gesetzt werden. Dies stelle eine ganz neue Qualität dar, und dafür müssten erst noch geeignete Formate gefunden werden.

Bei der Planung von Beteiligungsverfahren sollten zusammenfassend folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- Terminierung: Zeitpunkt des Beteiligungsprozesses, jahreszeitliche Reichweite, Wochentag/Tageszeit;
- Materielle Voraussetzungen: Personal, Finanzmittel, Räume, Zeit. Beteiligung ist zeitintensiv und muss mit entsprechenden Ressourcen unteretzt sein;
- Konzeption: Beteiligung muss professionell konzipiert und organisiert werden, mit klaren Zielen, Regeln und Festlegungen, über was genau entschieden werden kann (Beteiligungskonzept);
- Moderation: Gute Moderation des Prozesses – Es muss nicht immer eine externe Moderation sein, doch Moderation durch Dritte vermeidet Rollenkonflikte;
- Passgenauigkeit: Überlastungsgefahr bei den Bürgerinnen und Bürgern vermeiden, Beteiligung darf nicht überfordern;
- Transparenz: Gute Öffentlichkeitsarbeit und Nutzung städtischer Medien;
- Umsetzung: Projekte, die schnell umgesetzt werden können, sollten prioritär behandelt werden. So werden Ergebnisse von Beteiligungsprozessen eher sichtbar und erhöhen die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme;
- Sprache: Es sollte bei Beteiligung thematisiert werden, wie sprachliche Hürden überwunden werden können.

### 3. Themenblock 2: Sozialräumliche Differenzierung und Integration

Gudrun Kirchhoff vom Forschungsteam stellte Ergebnisse der Auswertung von Einwohnermeldedaten auf kleinräumiger Ebene hinsichtlich der zugewanderten Bevölkerung in sechs der beteiligten Projektkommunen vor. Die Erhebung hatte ein externer Dienstleister im Auftrag des Difü durchgeführt. In ihrem Impulsbeitrag ging Gudrun Kirchhoff zunächst auf das Vorgehen der Datengenerierung und die prozessbezogenen Schwierigkeiten der Datenerhebung ein. Auch wenn die Auswertung gewünscht war und die Stadtspitzen per Einverständniserklärung das Vorgehen unterstützten, war aufgrund der hohen Datenschutzanforderungen der Weg bis zur Datengenerierung und -auswertung mit vielen Hindernissen gespickt. Eine umfassende Datenschutzvereinbarung zwischen Kommune, Difü und externem Dienstleister ermöglichte schließlich den Zugang zu den Daten, wenn auch in unterschiedlicher Breite und Tiefe, so dass letztlich aus sechs Kommunen Ergebnisse vorliegen, die eine Querauswertung zulassen.

Im Anschluss präsentierte Gudrun Kirchhoff ausgewählte Ergebnisse der Erhebung aus der Querauswertung. Die Ergebnisse zeigen das unterschiedliche Zuwanderungsgeschehen in west- und ostdeutschen Kommunen. So ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Germersheim, Michelstadt und Mühlacker überdurchschnittlich hoch. Der Anteil der Zuwanderer ist in Steinfurt hingegen niedriger und entspricht eher dem bundesweiten Durchschnitt in dieser Gemeindegrößenklasse. Die Anteile in den beiden ostdeutschen Kommunen sind wie erwartet niedriger, aber im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich hoch (siehe Anlage Präsentation). Zuwanderer leben vor allem in der Kernstadt, verstärkt in der Innenstadt.

Für die Projektkommunen wurde der Migrationshintergrund auch nach wichtigen Herkunftsländern, wie der Türkei oder der Russischen Föderation, nach europäischen Herkunftsregionen und der Teilgruppe der „Flüchtlinge“, die sich aus den Hauptherkunftsländern in den Jahren 2015 bis 2017 zusammensetzt, unterschieden. Hinter dieser Differenzierung steht beispielsweise die Vermutung, dass ethnische Segregation und Integration je nach dem Herkunftsland variieren. In den westdeutschen Kommunen kommen die größten Zuwanderergruppen aus der Türkei, in den ostdeutschen Kommunen aus Polen. Es fällt auf: Je geringer die Zahl der Zuwanderer, desto größer ist der Anteil der Flüchtlinge an der zugewanderten Bevölkerung. In Städten mit langer Zuwanderungstradition und hohen Zuwandereranteilen spielen die Flüchtlinge im Vergleich eine eher marginale Rolle.

Im Rahmen der Auswertung wurde auch der so genannte Segregationsindex (SI) berechnet. Dieser misst die ungleiche räumliche Verteilung von Bevölkerungsmerkmalen und drückt diese in einer Zahl für die Gesamtstadt aus. Je höher der Wert, desto ungleicher ist das Merkmal über die Stadt verteilt. Gudrun Kirchhoff zeigte auf, dass in den Projektkommunen Unterschiede zu beobachten sind: So verteilen sich die Zuwanderer in Weißenfels mehrheitlich auf drei Gebiete und leben sehr segregiert. In Mühlacker und Steinfurt bildet sich die Gruppe der Flüchtlinge vergleichsweise deutlich in den Segregationswerten ab. In Germersheim trifft dies auf die Gruppe der Südosteuropäer zu, und in Michelstadt leben die Türken am häufigsten segregiert. Doch insgesamt belegen die Daten: Homogene ethnische Viertel, die von einer Herkunftsgruppe dominiert werden, sind in den Projektkommunen nicht vorzufinden.

Folgende Fragen wurden zur Diskussion gestellt:

- Wie werden die Daten wahrgenommen, welchen Neuigkeitswert haben sie?
- Was tun mit den Daten (Publikation, Diskussion, Eingang in Konzepte, Grundlage für Projektentwicklung und Maßnahmen)?
- Was bedeuten die Befunde für Integrationsprozesse?
- Ergeben sich neue Handlungsbedarfe?

Die Darstellung der Bevölkerungsdaten wurde ausdrücklich begrüßt. Die meisten Projektkommunen zeigten sich von den Ergebnissen nicht überrascht, sondern sehen sich in ihrem „gefühlten Wissen“ bestätigt. Die empirischen Befunde verdeutlichten anschaulich, dass jede Projektkommune eine eigene (Migrations-)Geschichte und damit eine gewachsene Identität habe.

Die gewonnenen Daten – so die Wahrnehmung der Kommunalvertreterinnen und -vertreter – füllen eine Wissenslücke. Deutlich wird auf Nachfragen des BAMF ausgeführt, dass eigene Daten und eine entsprechende Statistikstelle in den beteiligten Städten fehlten und die vorliegenden Daten auf Kreisebene für die eigenen Belange nicht ausreichten.

Mit Blick auf die Darstellung der Nationalitäten und Migrantengruppen wurde darum gebeten, die *Gruppenbildungen* insbesondere hinsichtlich der Spätaussiedler und der Zuwanderer aus Russland zu erläutern. Deutlich erkennbar sollte sein, wo die Gruppe der Spätaussiedler zu finden ist.

Mit Blick auf den dargestellten *Segregationsindex* wurde auf Nachfrage erläutert, dass es keinen fixen Wert gebe, ab dem Handlungsbedarf besteht. Auch lasse die Tatsache, dass sich in bestimmten Stadtteilen Zuwanderer konzentrierten, nicht den Schluss zu, dass hieraus ein Problem erwachse. Auch „Biodeutsche“ hätten Integrationsprobleme. Zudem böten Stadtteile mit einem hohen Zuwandereranteil auch Chancen für die Integration und den sozialen Zusammenhalt (z.B. Little Italy/New York City oder Migrantenökonomie und soziale Netzwerke). Vor diesem Hintergrund wird die Verständigung über den Integrationsbegriff als notwendig erachtet, denn unter Integration könne durchaus Unterschiedliches und Widersprüchliches (Anpassung/Assimilation, Multi-Kulti etc.) verstanden werden.

Grundsätzlich wurde mit Blick auf die (Debatte um) Segregation ausgeführt, dass die (Um-)Verteilung der Wohnbevölkerung – als möglicher Ansatz, der Segregation entgegenzuwirken – durch die Kommune nicht steuerbar sei. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage aufgeworfen, was die Darstellung des Segregationsindex überhaupt bringe. Für die Bewertung von Segregation, so die einvernehmliche Meinung, seien weitere Daten zur Sozialstruktur (soziale Lage) sowie zu den unterschiedlichen Zuwanderergenerationen (1., 2., 3. und 4. Generation) erforderlich.

Hilfreich und nützlich zur Gestaltung des Zusammenlebens und zur Förderung der sozialräumlichen Integration sei die Prüfung, ob Stadtteile, in denen überdurchschnittlich viele Zuwanderer leben, auch jene seien, in denen Integrations- oder andere Projekte umgesetzt werden.

Einigkeit bestand darüber, dass die erhobenen Daten kein Endergebnis, sondern einen Baustein im Rahmen eines Prozesses darstellen, in dem sich die Kommunen mit Fragen der Zuwanderung und Stadtentwicklung auseinandersetzen. Die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen bewerteten die Daten vor diesem Hintergrund als außerordentlich hilfreich. Eine wichtige Frage sei nun, wie die Daten zu kommunizieren sind und wofür sie nutzbar gemacht werden (u.a. für Fördermittelakquise, sozialräumliche Handlungsansätze/Projektumsetzung).

Es wurde sich darauf geeinigt, dass das Difu in der Einzel- und Querschau vor allem den Neuigkeitswert der Daten und nicht die – für die Integrationsarbeit zu kurz gegriffenen – Erkenntnisse zum Segregationsindex darstellt. Sorgfältig sei darauf zu achten, dass die Darstellung der

Daten nicht allein den defizitorientierten Blick stärkt. In jeder Kommune sei daher die Frage zu diskutieren, wie sich auf Basis der gewonnenen Daten Positives weiterentwickeln lässt (z.B. Frage der städtischen Identität, der eigenen Geschichte, der Identifikation mit der Stadtgesellschaft). Gleichwohl sollten (sozialräumliche) Auffälligkeiten nicht ignoriert und seitens der Kommunen die Gründe hierfür reflektiert werden (Was steckt hinter den Auffälligkeiten? Kann zu künftigen Problemlagen präventiv entgegengewirkt werden? etc.), denn unstrittig sei, dass ein Stadtteil mit hohem Migrantenanteil von außen häufig stigmatisiert werde.

Im Kommentar durch den Projektbeirat wurde seitens Kenan Küçük hervorgehoben, dass wir es heute mit der 4. Generation der Zuwanderer zu tun haben; diese seien in Deutschland geboren, hätten die deutsche Staatsbürgerschaft und seien hier sozialisiert. Der Migrationshintergrund als Zuschreibung oder Label habe hier gar keinen Aussagewert, auch wenn die Statistik diesen noch immer vorgebe. Für Aussagen zu Integration, Zusammenleben und sozialräumlicher Differenzierung seien daher sehr viel differenziertere Daten notwendig, die jedoch in der Regel fehlten.

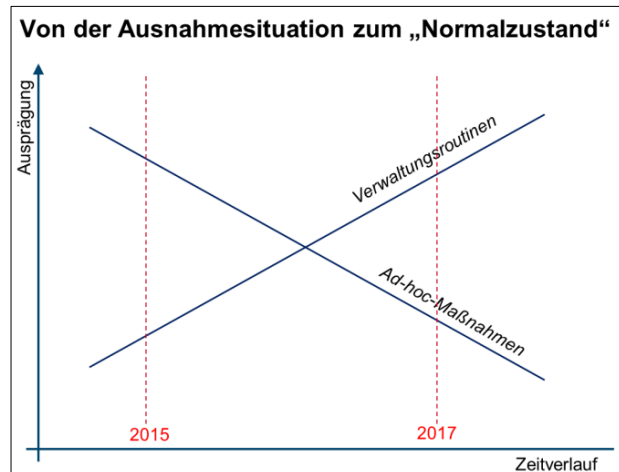


vorne links: Kenan Küçük, Mitglied des Projektbeirats

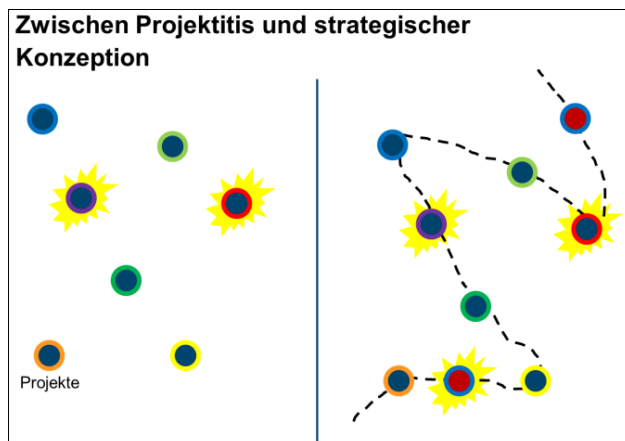
Unabhängig von den Zuschreibungen und der Staatsbürgerschaft müssten sich die Kommunen der Herausforderung stellen, was bei faktischer Diskriminierung zu tun sei. Karl-Dieter Keim würdigte abschließend den Aufwand zur Generierung der Daten und dankte für die Hartnäckigkeit des Difu, namentlich Frau Kirchhoff. Darauf aufbauende Schlussfolgerungen des Difu sollten sich vor allem mit der Frage beschäftigen, was die Befunde für Vielfalt und sozialen Zusammenhalt bedeuteten. Allein aus den Daten seien keine Schlüsse zu ziehen, und der erhobene Segregationsindex solle nicht dargestellt werden, da der Aussagewert begrenzt sei und niemand wisse, ob eine Gleichverteilung von Migrantengruppen über die Stadtteile tatsächlich besser sei bzw. positive Effekte zeitige. Vielmehr ginge es um die Frage, welches Wissen wir benötigten, damit Vielfalt und sozialer Zusammenhalt gestärkt werden könnten. Laufendes Monitoring könne hierfür eine hilfreiche Basis darstellen, sofern es auch mit qualitativen Daten arbeite. Hierbei seien Projekte und Themen zu benennen, die den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt stärkten. Karl-Dieter Keim regte an, den Ansatz des „Place-Making“, die soziale Nutzung von Orten, die Generierung von Gelegenheitsstrukturen zur Stärkung des sozialen Zusammenlebens, hierbei in den Mittelpunkt zu stellen.

#### 4. Themenblock 3: Der Blick zurück und in die Zukunft – was war, was ist und was bleibt?

In ihrem Impulsbeitrag stellte Ricarda Pätzold vom Forschungsteam einen Rückblick auf die Hochphase der Flüchtlingszuwanderung der aktuellen kommunalen Alltagssituation sowie einem Ausblick, wie aus den Erfahrungen gelernt und Strukturen verstetigt werden können, gegenüber. Die Jahre 2015 und 2016 bargen im Zuge der Zuwanderung von Flüchtlingen für die Kommunen eine Reihe von Ad-hoc-Herausforderungen – so mussten Unterkünfte bereitgestellt, Sprachkurse organisiert, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer eingebunden werden und vieles mehr. Gleichzeitig stieg die Notwendigkeit der politischen Kommunikation („Farbe bekennen“, Umgang mit „Fremden“). Kommunen, für die Integration bisher kein dezidiertes Thema war, sahen sich mit dem Spagat konfrontiert, parallel das „Alltagsgeschäft“ und den Aufbau von verwaltungsinternen und stadtweiten Strukturen sowie Netzwerken zu stemmen. Nach und nach zeichnete sich ab, dass die Hilfe in der Sondersituation (die ja bereits Mitte 2016 den Zenit überschritt) bei weitem einfacher zu bewältigen war, als die „Mühen der Ebene“ – Wollen die Zuwanderer bleiben, gibt es adäquaten Wohnraum, Arbeitsplätze? Und: Wie gelingt die Einbindung in die lokale Gemeinschaft? Ricarda Pätzold stellte die These auf, dass in dem Maße, wie geregelte Strukturen wieder griffen, die Spielräume (und auch die Notwendigkeit) für „außerordentliches“ bzw. spontanes Handeln schwanden. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Zivilgesellschaft wurde zum Teil komplizierter, da „Institutionenlogiken“ (Bürokratie, Förderrichtlinien etc.) wieder stärker zum Tragen kamen.



Durch den Handlungsdruck legten Bund, Länder, Landkreise, freie Träger im Kontext Integration eine Vielzahl von Programmen, Maßnahmen, Projekten mit zum Teil kurzen Laufzeiten auf, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Hinzu kommt ein breites Spektrum von Angeboten aus dem Ehrenamt. In den Kommunen wurde zunehmend deutlich, dass diese Angebote einer Koordination und eines (strukturierten) Rahmens – beispielsweise durch ein Integrationskonzept – bedürfen, um Parallelstrukturen zu vermeiden, Lücken bei Handlungsfeldern, Zielgruppen sowie Reichweite zu identifizieren und die Akteure (noch) stärker zu vernetzen. Auch Kommunikation wurde wichtiger – einerseits, um den Eindruck eines unabgestimmten Handelns der Beteiligten zu vermeiden, andererseits, um die seit 2015 gemachten Erfahrungen zu reflektieren und aus ihnen kollektiv zu lernen.



- Lerneffekte – Wie kamen sie zustande (Strukturaufbau, Netzwerkarbeit, Reflexion, konzeptionelle Grundlagen)? Wer wurde aktiv (unterschiedliche Ämter und Fachbereiche, verschiedene Akteursgruppen)?
- Konzepte versus Projekte – was ist/war relevant? Wo sollten Schwerpunkte des zukünftigen Handelns liegen?
- Robuste Strukturen (z.B. Netzwerke) helfen, Sondersituationen zu bewältigen – Wie haben sich diese bewährt oder verändert?
- Öffentlicher Raum und Begegnungsmöglichkeiten für sozialen Zusammenhalt und städtische Identität – Welche Rolle spielen sie, und wie wurden die Orte „gefunden“ oder ausgewählt?
- Umgang mit dem Auf und Ab von Themenkonjunkturen und öffentlicher Aufmerksamkeit – wie positioniert sich die Verwaltung angesichts der Risiken von Themenzyklen?



Ad-hoc-Maßnahmen werden nicht per se als negativ gesehen – der konkrete Anlass bzw. eine Sondersituation erzeuge eine Handlungsnotwendigkeit und führe dazu, dass überhaupt Projek-

te entstehen. Bei einem solchen iterativen Prozess werden sicher viele Fehler gemacht, aber es werde auch viel Energie freigesetzt. Nicht nur in der Hochphase 2015 seien Ad-hoc-Maßnahmen sinnvoll gewesen, sondern sie könnten auch in Zukunft eine Rolle spielen. Rückblickend müsse allerdings kritisch angemerkt werden, dass man sich nur selten Zeit für eine Reflexion der Maßnahmen und Prozesse (auf der Meta-Ebene) genommen habe. Ein Lerneffekt sei daher, dass es Gelegenheiten bzw. Raum zum strategischen Denken und zur Reflexion – ähnlich wie im Rahmen der Netzwerktreffen – geben muss.

Mehr Achtsamkeit wäre auch beispielsweise in der stärkeren Begleitung der Ehrenamtlichen notwendig, wie Erfahrungen aus Michelstadt zeigen: Viele der Ehrenamtlichen stünden heute nicht mehr zur Verfügung und hätten sich zurückgezogen, da sie enttäuscht über die Geflüchteten, die Strukturen bzw. die Verwaltung seien. Die ehrenamtlichen Strukturen zu stärken, beginne erst jetzt – z.B. durch Supervision –, aber es hätte ein „Auffangen“ der Helferinnen und Helfer bereits 2015 gebraucht.

Die Vertreterin des BAMF wies auf verschiedene Erfahrungen und konzeptionelle Hilfestellungen aus einigen Bundesländern hin, aus denen sich gegebenenfalls hilfreiche Anregungen generieren lassen: beispielsweise das Einwanderungsmanagement (mit dem Ziel einer engeren, strategischen Verwaltungszusammenarbeit), das im Rahmen des Fördervorhabens „Einwanderung gestalten NRW“ in zwölf Modellkommunen und -kreisen erprobt wird<sup>1</sup> oder die Ablaufschemata und „idealtypischen Förderketten zur sprachlichen und arbeitsmarktorientierten Integration von Flüchtlingen“<sup>2</sup>, die in Schleswig Holstein in Zusammenarbeit mit 15 Kreisen entwickelt wurden. Generell sei festzuhalten, dass es weniger Integrationskonzepte brauche als vielmehr den Aufbau „systematischer Förderketten“ für die Zuziehenden, so die Vertreterin des BAMF.

Dagegen machten die Projektkommunen sehr deutlich: Das kommunale Handeln sei nicht nur auf Geflüchtete bezogen. Vielmehr müssten auch die Migrantinnen und Migranten, die schon länger in den Städten leben – aber z.B. mit Sprachdefiziten –, in den Fokus genommen werden. Generell sei eine Verkürzung auf das Thema Flüchtlinge für die Kommunen weder realistisch noch praktikabel: Integration laufe seit Jahrzehnten, und Deutschland sei ein Einwanderungsland. Das kommunale Aufgabenspektrum sei viel breiter – es gehe um nicht weniger als das gesellschaftliche Zusammenleben. Problematisch gesehen wurde auch die Reduktion auf „gute Flüchtlinge“ (mit Bleibeperspektive) und „schlechte Flüchtlinge“ (denen Abschiebung droht), die sich in den Angebotsstrukturen und Förderketten niederschläge. Von den übergeordneten Stellen werde kaum wahrgenommen, was tatsächlich vor Ort in den Maßnahmen und Kursen passiere (Reichweite, Anwesenheiten, Lernerfolge etc.).

Ein Bildungsträger berichtete aus seinen (langjährigen) Erfahrungen, dass die vom BAMF hochgehaltenen systematischen Förderketten auf der lokalen Ebene vor Ort kaum funktionieren, da der Markt in Konkurrenz verschiedener Träger – und unter ökonomischer Zielstellungen – organisiert sei. Die angesprochenen Ketten würden auch zur Enttäuschung bei den Ehrenamtlichen beitragen, da diese in der offiziellen Systematik „nicht gesehen werden“, so ein weiteres Statement. Im föderalen System gäbe es nun einmal leider Regeln, und das frustriere Ehrenamtliche, betonte die Vertreterin des BAMF.

---

1 Einwanderung gestalten NRW. URL: <https://www.mkffi.nrw/zwolf-modellkommunen-machen-mit-bei-dem-landesprogramm-einwanderung-gestalten-nrw>

2 Land Schleswig-Holstein – Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten (2016): Idealtypische Förderketten zur sprachlichen und arbeitsmarktorientierten Integration von Flüchtlingen. URL: [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/InformationenFluechtlinge/Service/Foerderketten/foerderketten\\_node.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/InformationenFluechtlinge/Service/Foerderketten/foerderketten_node.html). PDF auch hier: Syspons GmbH / Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein (2016): Idealtypische Förderketten (Stand 5.9.2016). URL: [https://www.vhs-schleswig.de/fileadmin/user\\_upload/FoI\\_\\_rderketten.pdf](https://www.vhs-schleswig.de/fileadmin/user_upload/FoI__rderketten.pdf)

Kenan Küçük merkte an, dass die angesprochenen Probleme der Trägerkonkurrenz bekannt seien und zumindest in NRW mittlerweile versucht werde, hier Abhilfe zu schaffen: So müssten die Träger nun bei Sprachkursen gegenseitige Kooperationserklärungen abgeben, die Regeln seien deutlich verschärft worden, und es werde mehr auf Qualität geachtet. Gerade bei diesen Maßnahmen sollte die Kommune stärker Verantwortung für die Steuerung und neutrale Moderation übernehmen – dies böte besonders für kleinere Städte Chancen. Dagegen wurde in einem anderen Statement die Kommune nicht als ausreichend neutral bewertet: Es brauche vielmehr Menschen, die von außen kommen und die nicht involviert seien, um diese Moderation zu übernehmen.



Zur Frage von Rolle und Zuständigkeiten der unterschiedlichen kommunalen Ebenen berichteten mehrere Kommunen, die Zusammenarbeit zwischen Kommune und Landkreis sei im Alltag sehr schwierig und weise immer wieder Brüche auf. Arbeits- und Kommunikationsstrukturen seien – sofern überhaupt vorhanden – oft nur ein „theoretisch-formaler“ Rahmen, innerhalb dessen kaum inhaltliche Ergebnisse generiert werden könnten, obwohl es ausreichend thematische Anlässe gebe. Es handele sich um ein beständiges Problem der ländlichen Räume – ein Ebenenproblem. Dies zeige sich beispielsweise auch bei (Förder-)Mitteln: Diese kämen zwar bis auf die Kreisebene, die Städte hätten aber oft keinen Zugriff auf sie, obwohl die Umsetzung der Mittel in Maßnahmen vor Ort gedacht sei. Auch die Vertreterin des BAMF bestätigte, dass die Zusammenarbeit zwischen den Städten/Gemeinden und den Kreisen noch ein blinder Fleck sei und Praxisforschung fehle. Aktuell habe die Friedrich-Ebert-Stiftung deshalb eine Studie beauftragt (Prof. Dr. Hannes Schammann/Uni Hildesheim, Prof. Dr. Petra Bendel/FAU Erlangen-Nürnberg), in der die Zusammenarbeit der kommunalen Ebenen mit Blick auf Integration untersucht werden soll.

Gerade für kleinere Kommunen seien die Fördermitteleinwerbung, die Reaktion auf Programmanforderungen und die „Materialisierung“ einer Projektidee große Herausforderungen – sowohl nach außen wie auch innerhalb der Verwaltung. Oft mangle es an „Zugpferden“ für die Themen sowie an der Mitwirkung anderer Verwaltungseinheiten (z.B. Baubereich), ohne die Förderanträge nicht realisiert werden könnten. Wenn weder ein quartiersbezogenes integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK) noch ein gesamtstädtisches integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) vorhanden sind, bliebe beispielsweise der Zugang zu Städtebauförderungsprogrammen verschlossen, berichtete Steinfurt. Landesprogramme, die ohne diese Anforderung ausgekommen, seien selten und entweder nicht langfristig angelegt (z.B. KOMM-AN NRW) oder mit langen Antragswartezeiten und -unsicherheiten (Erfahrungen u.a. aus Ilmenau, Steinfurt) verbunden. Wo ein ISEK bereits vorhanden ist, enthalte es keine Aussagen zu sozialen Handlungsfeldern wie Integrationsfragen – trotz hoher Zahlen an „Bestandsmigranten“ (z.B. Michelstadt, Weißenfels) in der Kommune. Die „erzwungene“ stärkere Fokussierung seit 2015 hat mancherorts das Thema Integration ins Blickfeld gerückt – allerdings könnten solche Themen erst in den geplanten Fortschreibungen des ISEKs integriert werden. Generell bräuchte es dafür aber noch eine stärkere „Verinnerlichung“ des Handlungsfeldes in allen Bereichen der Verwaltung. Steinfurt berichtete, dass insbesondere der Prozess zur Erstellung des Integrationskonzepts auch in der Verwaltung zu „Erfolgen“ geführt habe: So verstehe beispielsweise der Baubereich zunehmend, dass es beim integrierten Handeln vor allem um Menschen gehe.

Erfahrungen, die Wolf-Christian Strauss auch aus Sicht des Difu bestätigen konnte: Obwohl seit nunmehr rund zwei Jahrzehnten das Paradigma einer integrierten Stadtentwicklung in Deutschland hochgehalten wird, seien dessen (multi-handlungsfeldbezogener) Ansatz und seine Elemente in vielen Kommunen leider immer noch nicht angekommen. In den Konzepten und damit auch im kommunalen Handeln dominiere oft der Baubereich der Verwaltung – Themen wie Soziales oder Lokale Ökonomie fehlten meist. Das Vorhandensein eines ISEKs ist zwar oft Förder Voraussetzung, aber nicht sein Inhalt – der werde vom Fördermittelgeber nicht geprüft. Wäre dies ein Prüfkriterium, würden die Kommunen relativ schnell anders und „integrierter“ handeln, so seine Einschätzung.

Zur Frage der Bedeutung des öffentlichen Raums für den sozialen Zusammenhalt führte Karl-Dieter Keim vom Projektbeirat aus, dass gerade die Zentren von Klein- und Mittelstädten eine besondere Rolle für die städtische Identität (auch als emotionaler Anker) spielen. Identität sei dabei nicht fixiert, sondern ein sich verändernder, kontinuierlicher Prozess und lasse sich nicht „technisch“ – beispielsweise durch eine bestimmte Bebauung oder Gestaltung – herstellen. Die Zentren böten Chancen für Begegnung und sich kreuzende Aktivitäten aller Gruppen der Stadtgesellschaft, die an ihrem jeweiligen Wohnort vielleicht nicht sichtbar seien. Auch die ethnische Ökonomie trage – weniger mit ihrer physischen Materialisierung, als vielmehr mit ihren Beziehungen und Verflechtungen – zur Integration bei. Generell gehe es um Gelegenheitsstrukturen, um die soziale Nutzung in den Innenstädten zu ermöglichen – dies habe erst in zweiter Linie etwas mit Bebauung und Flächenausweisungen zu tun. Es habe eine bauliche Komponente (Ermöglichung) und eine Interaktionskomponente (damit das Bauliche einen Inhalt und Leben bekommt), so ein ergänzendes Statement.



Karl-Dieter Keim, Mitglied des Projektbeirats

Im abschließenden Kommentar durch den Projektbeirat betonte Kenan Küçük, dass Kommunen die Rolle des neutralen Steuerers von Prozessen übernehmen müssen und können – mit einem stärker pro-aktiven und vorausschauenden Blick, als dies vielerorts im kommunalen Alltag zu beobachten sei. Meist werde erst dann reagiert, wenn es darum gehe, Fördermittel zu akquirieren – das Handeln erfolge oft nicht aus sich heraus, sondern „anlassbezogen“. Kommunen müssten Querschnittsaufgaben kontinuierlicher behandeln und dafür Geld in die Hand nehmen – auch unabhängig von einer „Sondersituation“ wie der Flüchtlingszuwanderung. Generell sollten Zuwanderer von der Kommune nicht als „Sonderfall“ betrachtet werden (das würden diese auch gar nicht wollen), sondern als Teil des kommunalen Zusammenlebens. Ein Umdenken im kommunalen Handeln sei wichtig.

## 5. Ausblick

Ricarda Pätzold gab einen Ausblick auf die Projektarbeit in 2018 und erläuterte die in der verbleibenden Zeit bis zum Abschluss des Projektes im Juni 2018 vorgesehenen Vorhaben, die zum großen Teil bereits in Bearbeitung sind. Zu diesen zählen:

*Interviews in den Projektkommunen:* Seit November 2017 bis Januar 2018 werden Interviews (Einzel- und Gruppeninterviews) in den Projektkommunen durchgeführt. Dabei geht es vor allem um die Rückkoppelung der bisherigen Eindrücke und Erkenntnisse aus den Vor-Ort-Erhebungen und die Aufnahme von möglichen Veränderungen und neuen Projektansätzen in den Themenfeldern des Projektes. Die Ergebnisse aus den Interviews werden in die weitere Analyse und Projektauswertung einfließen.

*Abschlussgespräche:* Im Frühjahr 2018 werden Abschlussgespräche in größeren Runden (Steuerungsgruppen, Reflexionsrunden, Kernteams) in jeder Projektkommune durchgeführt. Diese dienen der Reflexion der Forschungsergebnisse (bezogen auf die jeweilige Projektkommune), der Bewertung des Projektes und seiner Ergebnisse.

*Oberbürgermeistertreffen:* Am 2. Februar 2018 findet ein Treffen der (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeister der Projektkommunen in Berlin statt. Mit dem Treffen soll diesen die Möglichkeit des Austauschs zu den Projektthemen und zu einer (gemeinsamen) Positionierung gegeben werden.

*Fachtagung:* Am 26. April 2018 führt das Difu in der ufaFabrik in Berlin-Tempelhof eine öffentliche Fachtagung „Ticken kleine Städte anders? Stadtentwicklung und Integrationspolitik in Klein- und Mittelstädten“ zum Abschluss des Projektes durch. Es werden rund 100 Personen erwartet. Im Rahmen der Veranstaltung werden Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Forschungs-Praxis-Projekt vorgestellt und in übergreifende Fachdiskurse eingebettet. In Vorträgen, Gesprächsrunden und Panels werden ausgewählte Themen und Fragestellungen erörtert.

*Abschlussprodukte:* Zum Abschluss des Projekts erstellt das Difu drei Publikationen:

- *Abschlussbericht* zu den Projektergebnissen.
- *Sammelband* „Vielfalt leben – Innenstadt stärken. Forschung und Praxis zum Zusammenwirken von Stadtentwicklung und Integrationspolitik in Klein- und Mittelstädten“ (Arbeitstitel). Diese Publikation geht über den Projektzusammenhang hinaus und enthält eine Kombination aus wissenschaftlichen Aufsätzen, Kurzkomentaren/Positionen aus Forschung und Praxis, Exkursen aus dem Projektkontext, Essays und Bebilderungen. Die Publikation adressiert die interessierte Fachöffentlichkeit (Forschung und kommunale Praxis) aus den Bereichen Stadtentwicklung und Stadtforschung.
- *Positionspapier* „Stadtentwicklung und Integration zusammendenken! Chancen und Restriktionen in Klein- und Mittelstädten“ (Arbeitstitel) mit Empfehlungen für die Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen). In Form von fundierten Positionen soll zu ausgewählten Aspekten Stellung bezogen werden. Dabei sollen sowohl gute Voraussetzungen/Potenziale und Hemmnisse (Status quo) aufgezeigt als auch Perspektiven und zukünftig erforderliche Weichenstellungen für den Umgang mit der Themenstellung entwickelt werden.

In der abschließenden Diskussion dankten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Projektkommunen dem Difu. Sie würdigten insbesondere den Raum, der ihnen für Erfahrungsaustausch und gemeinsames Lernen eröffnet wurde. Sie äußerten den Wunsch nach einer Fortsetzung dieses Austauschs über den Projektkontext hinaus. Die Kommunen signalisierten die Bereitschaft, die hierfür entstehenden Kosten selbst zu tragen (Reisekosten, Raum etc.), benötigen aber die fachliche Expertise und die Moderation des Difu. Das Difu nahm dies erfreut zur Kenntnis und wird prüfen, inwieweit es dem Wunsch entsprechen kann.

## Impressionen



## Veranstalter

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Zimmerstr. 13–15, 10969 Berlin

### Inhaltliche Rücksprachen

■ Dr. Bettina Reimann  
Tel. 030/39001-191  
E-Mail: reimann@difu.de

■ Gudrun Kirchhoff  
Tel. 030/39001-192  
E-Mail: kirchhoff@difu.de



Das Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



## Programm am 1. Dezember 2017

- 9.00 Uhr **Stadtspaziergang durch Burgsteinfurt**
- 10.00 Uhr **Begrüßung und Rückblick erster Tag**  
■ Ricarda Pätzold
- 10.15 Uhr **Der Blick zurück und in die Zukunft – was war, was ist und was bleibt?**
- Lerneffekte - Wie kamen diese zustande (Strukturaufbau, Netzwerkarbeit, Reflexion, konzeptionelle Grundlagen)? Wer wurde aktiv (unterschiedliche Ämter und Fachbereiche, verschiedene Akteursgruppen ...)?
  - Konzepte versus Projekte – was ist/war relevant? Wo sollten Schwerpunkte des zukünftigen Handelns liegen?
  - Robuste Strukturen (z. B. Netzwerke) helfen Sondersituationen zu bewältigen. Wie haben sich diese bewährt bzw. verändert?
  - Öffentlicher Raum und Begegnungsmöglichkeiten für sozialen Zusammenhalt und städtische Identität – welche Rolle spielen diese und wie wurden die Orte „gefunden“ oder ausgewählt?
  - Umgang mit dem Auf und Ab von Themenkonjunkturen und öffentlicher Aufmerksamkeit – wie positioniert sich die Verwaltung angesichts der Risiken von Themenzyklen?

■ *Kurzer Impuls: Ricarda Pätzold*

■ *Erfahrungsberichte und Einschätzungen der Projektkommunen*

■ *Abschließender Kurzkommentar: Projektbeirat*

■ *Moderation: Difu*

- 12.00 Uhr **Ausblick und Schlussdiskussion**
- 12.30 Uhr **Mittagsimbiss und Ausklang der Veranstaltung**

## Praktische Informationen

### Veranstaltungsort

Altes Rathaus Burgsteinfurt  
Am Markt 2  
48565 Steinfurt

### Organisation und Anmeldung

Steffi Greiner (Difu)  
Tel. 030/39001-212, Fax 030/39001-269  
E-Mail: greiner@difu.de

Bitte per Fax oder E-Mail **bis zum 13. November 2017** mit dem beigefügten Anmeldeformular.

### Übernachtung und Abendessen

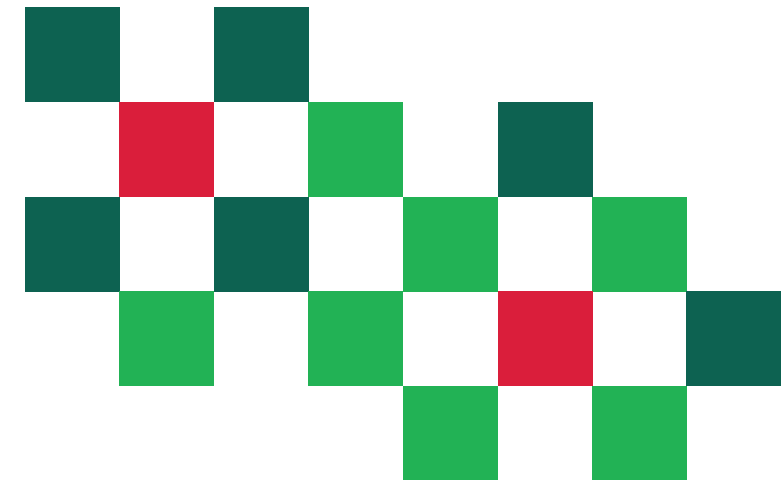
Hotelzimmer sind für Sie reserviert. Bitte geben Sie bei der Anmeldung an, ob Sie eine Übernachtung benötigen und ob Sie am gemeinsamen Abendessen teilnehmen werden. Mit der Anmeldebestätigung erhalten Sie die Adresse des Hotels und weitere Informationen.

Die Reise- und Übernachtungskosten können für bis zu drei Personen aus jeder Kommune übernommen werden.

## Forschungs-Praxis-Projekt:

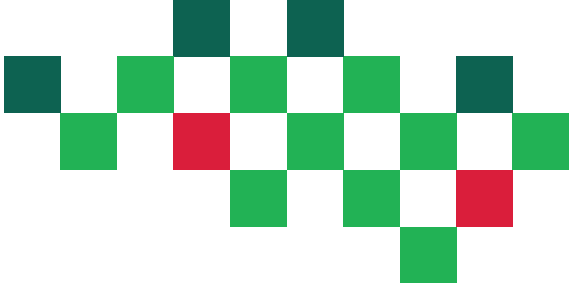
# Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten

Sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe



**Einladung zum 3. Netzwerktreffen  
am 30. November und  
1. Dezember 2017 in Steinfurt**





## Wir laden Sie herzlich ein zum 3. Netzwerktreffen im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes

»*Vielfalt in den Zentren von Klein-  
und Mittelstädten – sozialräumliche  
Integration, städtische Identität und  
gesellschaftliche Teilhabe*«

**am 30. November und 1. Dezember  
2017 in Steinfurt.**

Inhaltlich im Fokus stehen die gemeinsame Diskussion und Reflexion zentraler, projektrelevanter Themen und Fragestellungen: Partizipation, stadträumliche Differenzierung und Integration. Darüber hinaus möchten wir mit Ihnen einen Blick in die Zukunft werfen – was ist, was bleibt? Um der gemeinsamen Diskussion ausreichend Raum zu bieten, haben wir bewusst auf externe Referent/innen verzichtet. Wir diskutieren einzelne Themenblöcke im Plenum und möchten Sie bitten, Ihre Erfahrungen in die Diskussion einzubringen. Hierfür relevante Fragestellungen finden Sie im Programmablauf.

**Auch das begleitende Kulturprogramm kommt nicht zu kurz. Wir freuen uns auf den „Piepkuchen“ am ersten Abend und die Stadtführung durch die historische Altstadt von Burgsteinfurt.**

Das dreijährige Forschungs-Praxis-Projekt wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) bearbeitet. Kooperationspartner sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Das Projekt wird finanziell unterstützt durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, durch Projektfördermittel des BAMF und durch das Förderprogramm „WIR“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

## Programm am 30. November 2017

Gesamtmoderation: Ricarda Pätzold, Difu

13.30 Uhr **Begrüßung**

- Bürgermeisterin Claudia Bögel-Hoyer, Kreisstadt Steinfurt
- Ricarda Pätzold, Difu

14.00 Uhr **1. Themenblock: Partizipation**

- (Wie) Gelingt die Einbindung der Stadtgesellschaft bei konzeptionellen Fragen (Integrationskonzept, Stadtentwicklungskonzept, Demografiekonzept) und ist der Anspruch überhaupt einzulösen bzw. gerechtfertigt?
- Welche Erfahrungen mit der Aktivierung und den Formaten bestehen? Wer sind die relevanten Zielgruppen?
- Wie wird sichergestellt, dass die Beteiligungsergebnisse berücksichtigt und umgesetzt werden?
- Warum bereitet die Beteiligung so große Schwierigkeiten und was genau fällt schwer?

■ Kurzer Impuls: Wolf-Christian Strauss

■ Erfahrungsberichte und Einschätzungen der Projektkommunen

■ Abschließender Kurzkomentar: Projektbeirat

■ Moderation: Difu

16.00 Uhr Kaffeepause

16.30 Uhr **2. Themenblock: Sozialräumliche Differenzierung und Integration**

- Wahrnehmung der Bevölkerungsdaten: Neuigkeitswert? Überraschung? Unglaube? Bringt nichts? Was bringt's?
- Was tun mit den Daten? (Publikation, Diskussion, Eingang in Konzepte, Grundlage für Projektentwicklung und Maßnahmen: Stadtentwicklung, Wohnen, Integration etc.)
- Was bedeuten die Befunde für den Umgang mit Integration? Ergeben sich neue Handlungsbedarfe?

■ Kurzer Impuls: Gudrun Kirchhoff

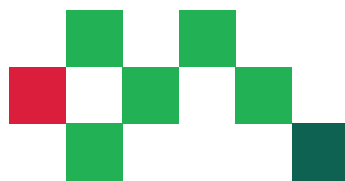
■ Erfahrungsberichte und Einschätzungen der Projektkommunen

■ Abschließender Kurzkomentar: Projektbeirat

■ Moderation: Difu

ab

19.00 Uhr **Gemeinsames Abendessen und „Piepkuchen“ backen in Borghorst**



## Teilnehmerinnen und Teilnehmer

### 3. Netzwerktreffen vom 30.11. bis 01.12.2017 in Steinfurt

**Michael Allimadi**

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

**Johanna Bächle**

Stadt Mühlacker, Leiterin Amt für Bildung und Kultur

**Claudia Bögel-Hoyer**

Stadt Steinfurt, Bürgermeisterin

**Helmut Borrmann**

Stadt Goslar, FD Stadtplanung

**Rudolf Diekmann**

Stadt Steinfurt, Vorsitzender Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung

**Günter Dötschel**

Stadt Germersheim, Allgemeine Bauabteilung

**Monika Fuhrig**

Stadt Michelstadt, stellv. Vorsitzende des Sozialausschusses

**Steffi Greiner**

Deutsches Institut für Urbanistik

**Günther Gromotka**

Stadt Steinfurt, Integrationsbeauftragter

**Katja Henze**

Stadt Weißenfels, Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

**Susanne Huth**

INBAS-Sozialforschung GmbH

**Birgit Kaiser**

Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH, Geschäftsführerin

**Prof. Karl-Dieter Keim**

ehemals IRS

**Gudrun Kirchhoff**

Deutsches Institut für Urbanistik

**Sarah Klein**

Caritasverband Steinfurt e.V.

**Annika Koke**

Caritasverband Steinfurt e.V.

**Kenan Küçük**

Multikulturelles Forum e.V.

**Michael Leinenbach**

Stadt Saarlouis, Dez. II - Finanzen, Familien, Soziales, Schulen und Sport

**Maria Lindemann**

Stadt Steinfurt, Erste Beigeordnete

**Klaus Meiers**

Stadt Steinfurt, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit

**Ricarda Pätzold**

Deutsches Institut für Urbanistik

**Serge Eberhardt Pütter**

Stadt Germersheim, Integrations- Kinder und Jugendbeauftragter

**Ramtin Radghassabeh**

Kreissportbund Steinfurt e.V.

**Nadine Rath**

Stadt Steinfurt, FD Soziales

**Dr. Bettina Reimann**

Deutsches Institut für Urbanistik

**Robby Risch**

Stadt Weißenfels, Oberbürgermeister

**Nadia Rouhani**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

**Sarah Rudo**

Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

**Wiebke Schindel**

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

**Martin Schmelzer**

Stadt Weißenfels, Leitung Initiative Engagiertes Weißenfels/Pfarrer Weißenfels Mitte

**Tatjana Schmied**

Stadt Michelstadt, Jugend- und Integrationsbeauftragte

**Anastasia Shakhova**

Stadt Germersheim, Dozentin Universität Mainz

**Wolf-Christian Strauss**

Deutsches Institut für Urbanistik

**Kay Tischer**

Stadt Ilmenau, Bürgermeister

**Elisabeth von Ritter**

Arbeitsstab der Bundesintegrationsbeauftragten

**Leila Walliser**

Stadt Mühlacker, Integrationsbeauftragte

**Christian Woithe**

Stadt Saarlouis, wissenschaftlicher Mitarbeiter